

A8 Leitantrag: Nicht lang schnacken - Bremen anpacken

Antragsteller*in: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bremen

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Nicht lang schnacken – Bremen anpacken
- 2 Positionspapier der GRÜNEN JUGEND Bremen

3 Einleitung

4 Im Mai 2027 wird in Bremen der Landtag gewählt und für uns steht fest: Hier
5 läuft einiges schief. Bremen hat die höchste Armutsgefährdungsquote. Das wirkt
6 sich insbesondere auf Kinder und Jugendliche aus. Fast 30% der Kinder sind von
7 Armut betroffen, 40% von Armut gefährdet. Im Bildungsvergleich steht Bremen fast
8 immer auf dem letzten Platz, dazu kommen marode Schulen, ausfallender Unterricht
9 und komplett überlastete Lehrkräfte. Mobilität ist noch immer auf Autos
10 ausgerichtet, Bremen reißt seine Klimaziele und Wohnraum nützt vor allem dem
11 Gewinn von Vermieter*innen.

12 Wir als GRÜNE JUGEND Bremen wollen nicht mehr nur schnacken, sondern alles, was
13 schief läuft, endlich anpacken. In diesem Positionspapier zeigen wir auf, wie wir
14 uns ein lebenswertes, bestärkendes Bremen vorstellen. Damit starten wir in die
15 Phase des Vor-Wahlkampfes, in der wir unseren Stempel auf dem Wahlprogramm von
16 Bündnis 90/Die Grünen hinterlassen werden. Wir werden durch Aktionen auf der
17 Straße, Bündnis- und Öffentlichkeitsarbeit unsere Vision in die politische
18 Landschaft tragen und das Fundament für echte Veränderung legen. Diese
19 Positionen sind dabei kein Abschluss, sondern der Beginn weiterer Arbeit in
20 unserem Verband und nach außen. Im Kampagnen-, Bildungs-, Social-Media-Team und
21 ebenso im Landesvorstand werden wir die Positionen im nächsten halben Jahr
22 ausarbeiten, um einen starken Wahlkampf zu führen, an dessen Ende das Leben für
23 alle in Bremen besser wird.

24 Abkürzungen und Erklärungen

25 Bafög: Bundes-Ausbildungs-Fördergesetz. Menschen in Ausbildung können über das
26 Bafög finanzielle Unterstützung bekommen, solange sie bestimmte Anforderungen
27 erfüllen.

28 Catcalling: Sexuell anzügliche Rufe, Pfiffe, Kommentare oder obszöne Gesten im
29 öffentlichen Raum

30 G9: Das Angebot des Abiturs neun Jahre nach dem Wechsel von der Grundschule wird
31 als G9 abgekürzt. An Gymnasien in Bremen machen Schüler*innen das Abitur
32 stattdessen nach acht Jahren (G8).

33 Femizid: Ein Femizid bezeichnet die Tötung einer Frau, weil sie eine Frau ist
34 oder wegen der Rolle, die sie als Frau erfüllt.

35 FLINTA*-Person: Eine Abkürzung, die alle beschreibt, die sich als Frauen,
36 lesbisch, intersex, nichtbinär, trans und agender identifizieren.

37 KI: Künstliche Intelligenz bezeichnet Programme, die große Mengen von Daten
38 verarbeiten und analysieren. Sie basieren auf programmierten Vorgaben, die ihre
39 Abläufe bestimmen.

40 Konsumfreie Räume: Orte, an denen Menschen ihre Freizeit verbringen können, ohne
41 Geld bezahlen zu müssen, anders als zum Beispiel in Cafés

42 Open Source: Programme, für deren Benutzung keine Kosten anfallen und die keiner
43 Person und keinem Unternehmen gehören. Sie können auch eigenständig programmiert
44 werden.

45 ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr. Zum ÖPNV gehören in Bremen und
46 Bremerhaven die Straßenbahnen, Regionalzüge und die meisten Busse.

47 Tech-Oligarchen: Kleine Gruppe extrem wohlhabender und einflussreicher
48 Führungskräfte aus dem Technologie- und Finanzsektor

49 Soziales

50 In Bremen und Bremerhaven sind viele Menschen und insbesondere Kinder von Armut
51 bedroht. Aufgabe unserer Gemeinschaft ist es, allen Menschen
52 Selbstverwirklichung frei von finanziellen Zwängen zu ermöglichen. Solange
53 Ungerechtigkeiten fortbestehen, müssen außerdem Räume geschaffen werden, die
54 Schutz und Hilfe anbieten.

55 Unsere Forderungen:

- 56 • Beratungsangebote für Eltern ausbauen
- 57 • Kindergrundsicherung einführen
- 58 • Schutzräume ausfinanzieren
- 59 • Housing First als Standard
- 60 • Drogenkonsumräume ausbauen

61 Soziale Sicherheit von Anfang an

62 Bremen ist das Bundesland, in dem die meisten Kinder von Armut gefährdet sind
63 oder in Armut leben. Die Erziehungsberechtigten sollen durch mehrsprachige,
64 niedrigschwellige Beratungsangebote unterstützt und eingebunden werden. Auf
65 Bundesebene muss Bremen sich für eine automatisch greifende Kindergrundsicherung
66 anstelle unzähliger schwer verständlicher Leistungen einsetzen.

67 Schutzräume schützen - Soziale Einrichtungen ausfinanzieren

68 Frauenhäuser, Geflüchtetenunterkünfte und Unterkünfte für Obdachlose schützen
69 Menschen in besonders gefährdeten Situationen. Auch Beratungsangebote, wie etwa
70 zu sexualisierter Gewalt und den Rechtsansprüchen von Asylsuchenden, bieten
71 wichtige Unterstützung. Aktuell stehen zu geringe Kapazitäten in sozialen
72 Einrichtungen bereit, häufig unter schlechten Bedingungen. Darum sollen soziale
73 Schutzräume langfristig ausfinanziert und abgesichert werden. Dann können sie
74 verlässliche Anlaufstellen für Betroffene sein, statt Angst um den eigenen
75 Fortbestand zu haben.

76 „Housing First“ als Standard

77 An der Ausweitung des Housing First-Ansatzes der Obdachlosenhilfe als
78 Hauptmodell statt einzelner Modellprojekte soll Bremen festhalten. Aktuell
79 reichen die Ressourcen von Housing First-Projekten nicht, um ausreichend
80 Erstgespräche zu führen oder neue Teilnehmende aufzunehmen. Darum sollen in
81 Absprache mit den Träger*innen ausreichende finanzielle und personelle
82 Ressourcen bereitgestellt und bürokratische Hürden abgebaut werden.

83 Drogenkonsumräume erweitern

84 Drogenkonsumräume schützen Suchtkranke, indem sie medizinisch abgesichert Drogen
85 konsumieren können, und verringern das Risiko von Überdosen und Infektionen. Das
86 Angebot von Konsumräumen muss gesichert und ausgebaut werden. Zur weitergehenden
87 Unterstützung können in Konsumräumen Informationen und Kontakte angeboten
88 werden, beispielsweise zu Therapien. Um das zugrundeliegende
89 Vertrauensverhältnis nicht zu gefährden, müssen diese Angebote aber freiwillig
90 sein, statt Druck auszuüben.

91 **Feminismus**

92 Antifeminismus wird momentan wieder zum Trend. Rechte und Konservative wollen
93 die Rechte von FLINTA*-Personen zurückdrehen und diese Personengruppen damit
94 einschränken. Auch Gewalt gegen FLINTA*-Personen nimmt immer weiter zu. Das
95 sehen wir zum Beispiel an steigenden Femizidaten oder auch, wenn vermehrt
96 Trans*-Personen im Bremer Nahverkehr angegriffen werden. Daher ist für uns klar:
97 FLINTA*-Personen müssen besser geschützt werden.

98 Unsere Forderungen:

- 99 • Catcalling strafbar machen
- 100 • Taxifreifahrten für FLINTA*-Personen
- 101 • Sensibilisierung für sexualisierte Gewalt in Berufsausbildungen
- 102 • 50% FLINTA*-Personen in Parlamenten
- 103 • Kostenlose Menstruationsprodukte

104 Catcalling strafbar machen

105 Dass FLINTA*-Personen hinterhergerufen oder -gepiffen wird ist keine harmlose
106 Komplimentkultur, sondern verbale sexuelle Belästigung. Dadurch fühlen sich
107 FLINTA*-Personen im öffentlichen Raum oft unwohl und unsicher. Catcalling soll
108 daher endlich als Straftatbestand gegen die Selbstbestimmung statt als
109 Beleidigung im Strafgesetzbuch verankert werden.

110 Freifahrten für FLINTA*-Personen

111 Wenn man sich mehrfach überlegen muss, ob man sich abends mit seinen
112 Freund*innen treffen kann, weil ein sicherer Heimweg nicht selbstverständlich
113 ist, schränkt das die Lebensqualität enorm ein. Um diese Unsicherheiten zu

114 bekämpfen soll es ein Kontingent an Freifahrten in Taxis für FLINTA*-Personen
115 geben.

116 Sensibilisierung für sexualisierte Gewalt

117 Sexualisierte Gewalt ist für viele FLINTA*-Personen Alltag. In Berufen, die auf
118 den direkten Kontakt mit Menschen ausgerichtet sind, soll darum besonders für
119 die Verhinderung von und den Umgang mit sexualisierter Gewalt sensibilisiert
120 werden. Das sind zum Beispiel die Pflege- und Erziehungsberufe oder das Lehramt.
121 Außerdem soll im Jurastudium das Sexualstrafrecht fester Bestandteil werden, um
122 den Schutz von Betroffenen von eigenständig organisierter Weiterbildung der
123 Anwält*innen und Richter*innen unabhängig zu machen.

124 Politik ist kein Männerabend

125 Politische Gremien bestehen immer noch zu großen Teilen aus alten weißen
126 Männern. Das repräsentiert nicht unsere Gesellschaft. Daher wollen wir eine
127 FLINTA*-Quote, die alle Parteien dazu verpflichtet mindestens 50% FLINTA*-
128 Personen in Parlamente zu schicken.

129 Kostenlose Menstruationsprodukte in öffentlichen Räumen

130 Periodenprodukte sollen mit Basis-Hygieneartikeln wie Toilettenpapier
131 gleichgestellt werden. Die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten
132 an allgemeinbildenden, Berufs- und Hochschulen sowie auf öffentlichen Toiletten
133 und in Behörden stärkt die diskriminierungsfreie Teilhabe. Mit dieser Maßnahme
134 brechen wir gesellschaftliche Tabus und fördern eine geschlechtergerechte
135 Grundversorgung für alle Bremer*innen.

136 Inneres

137 Statt rassistische Diskussionen über „Stadtbilder“ zu führen, wollen wir
138 Stadtgestaltung, Kultur, Sauberkeit und Verwaltung anpacken, denn das ist es,
139 was ein lebenswertes, bestärkendes Bremen wirklich braucht: Räume, die
140 zusammenbringen statt zu spalten.

141 Unsere Forderungen:

- 142 • Keine KI-Überwachung
- 143 • Open Source-Software in der Verwaltung
- 144 • Digitalisierte Verwaltung
- 145 • 8. März und 8. Mai als Feiertage
- 146 • Keine Geldstrafen für Betteln oder Schwarzfahren
- 147 • Unabhängige Kontrolle von Polizei und Feuerwehr
- 148 • Eindämmung von geheimdienstlicher Überwachung
- 149 • Stadtreinigung und Müllvermeidung

150 Oberkörperfreiheit nicht gleich Demonstrationsfreiheit

151 Das Oberkörperfrei-Sein von Männern auf öffentlichen Demonstrationen soll als
152 Erregung öffentlichen Ärgernisses eingestuft werden. Auf Versammlungen, bei
153 denen Familien, Kinder und Menschen mit unterschiedlichen kulturellen
154 Hintergründen zusammenkommen, muss ein respektvolles Umfeld gewährleistet sein.
155 Das ungezügelte Zeigen des Oberkörpers kann das Wohlbefinden anderer
156 Teilnehmer*innen beeinträchtigen und das friedliche Miteinander gefährden.

157 Daher soll die örtliche Ordnungsbehörde künftig prüfen, ob das
158 Oberkörperfrei-Sein von Männern gegen das Gastrecht oder die allgemeinen Regeln
159 der öffentlichen Ordnung verstößt, und bei Bedarf entsprechende Auflagen
160 erlassen. Ziel ist es, Demonstrationen zu einem Ort der sachlichen
161 Auseinandersetzung zu machen, an dem sich alle Menschen – unabhängig von Alter,
162 Geschlecht oder Herkunft – wohl und sicher fühlen können.

163 Unabhängige Software in der Verwaltung

164 Den Einsatz von Palantir-Software und anderer KI-Überwachung lehnen wir ab, in
165 Bremer Behörden und im öffentlichen Raum. Peter Thiel, der maßgebliche Anteile
166 an Palantir hält, ist radikaler Antidemokrat und teilt diese Sicht mit vielen
167 anderen KI-Unternehmen. Zudem sind Daten bei Palantir nicht sicher und die
168 Produkte des Unternehmens werden im Rahmen von Überwachungsmaßnahmen und
169 mutmaßlichen Kriegsverbrechen eingesetzt.

170 Die Software in Bremer Behörden wird bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode
171 auf unabhängige Open-Source-Alternativen umgestellt, wie es unter Beteiligung
172 der Grünen in Schleswig-Holstein gezeigt wurde. So werden wir unabhängig von
173 amerikanischen Tech-Oligarchen, schützen die Daten der Bevölkerung und sparen
174 Geld für Lizenzen.

175 Digitale Verwaltung

176 Die Digitalisierung der Verwaltung muss stärker vorangetrieben werden. Die
177 meisten Behördenkontakte müssen digital und unkompliziert möglich sein. Hierfür
178 muss die Internetpräsenz der Verwaltung zeitgemäß, zugänglich und inklusiv
179 gestaltet werden.

180 Feiertage

181 Feiertage sollten politische Emanzipation statt religiöser Traditionen ehren.
182 Wir fordern den 8. März (feministischer Kampftag) als bundesweiten Feiertag für
183 Geschlechtergerechtigkeit und den 8. Mai (Tag der Befreiung) als gesetzlichen
184 Gedenktag gegen den Faschismus.

185 Bettelverbot zurücknehmen

186 Im Juni 2024 hat Bremen das Bettelverbot verschärft und bestraft das Bitten um
187 Geld in Gastronomien, Bus und Bahn mit Geldstrafen. Armut mit Strafzahlungen
188 weiter zu kriminalisieren ist inakzeptabel, darum fordern wir die Rücknahme von
189 Geldstrafen für das Betteln.

190 Polizei und Feuerwehr unabhängig kontrollieren und sensibilisieren

191 Die Position der Polizei- und Feuerwehrbeauftragten muss als Kontrollinstanz in
192 Bremen beibehalten und in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden. Das sichert
193 Rechenschaft und Aufklärung. Ebenfalls beizubehalten sind die Angebote an queere

194 Menschen für die geschützte Aufnahme von Anzeigen, die um ein entsprechendes
195 Angebot für von Rassismus Betroffene ergänzt werden soll.

196 Verfassungsschutz endlich verfassungskonform

197 Die Landesbehörde für Verfassungsschutz arbeitet auf Grundlage eines Gesetzes,
198 das nicht die vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Anforderungen erfüllt.
199 Insbesondere beim Schutz der Privatsphäre während Überwachungen und dem Einsatz
200 von Vertrauenspersonen bestehen massive Mängel. Während wir das Einschleusen von
201 Vertrauenspersonen grundsätzlich ablehnen, muss mindestens die lange
202 verschleppte Reform des Verfassungsschutzgesetzes endlich abgeschlossen werden.

203 Keine Überwachung von Kunst und Kultur

204 Im Bund und in Bremen wurden im Frühjahr 2026 vermehrt Überwachungen und
205 Kontrollen von Kultureinrichtungen durch Geheimdienste und staatliche Stellen
206 bekannt. Kultur und Kunst brauchen aber Freiheit, um ihre kritische Rolle in der
207 Demokratie zu erfüllen. Darum soll Kulturförderung gestärkt, unabhängig und
208 transparent werden, ohne Ausnutzung von Geheimdiensten.

209 Sauberkeit verbessern

210 Um Müll auf den Straßen konsequent zu reduzieren, müssen Bremen und Bremerhaven
211 flächendeckend ein dichtes Netz von kostenfreien, regelmäßig geleerten und gut
212 sichtbaren Abfallbehältern sowie getrennten Recyclingstationen einrichten –
213 insbesondere in stark frequentierten Bereichen wie Fußgänger*innenzonen,
214 Bahnhöfen und Wohnquartieren. Parallel dazu können ein wirksames Bußgeldsystem
215 für Vermüllung, mobile Kontrollen und eine Melde-App Verstöße erfassen, ahnden
216 und beheben. Einnahmen aus Bußgeldern sollen in die Stadtreinigung und lokale
217 Umweltprojekte fließen.

218 Schließlich sollen Bremen und Bremerhaven ein langfristiges “Zero-Waste-Konzept”
219 entwickeln, das Vorgaben für geschlossene Stoffkreisläufe, Mehrwegsysteme in
220 Gastronomie und Einzelhandel sowie Anreize für Unternehmen schafft, Verpackungen
221 zu reduzieren. Durch verbindliche Zielvorgaben, transparente Messungen und
222 regelmäßige Berichte kann die Stadt den Fortschritt nachvollziehen und
223 kontinuierlich anpassen.

224 Jugend und Kinder

225 Jugendliche finden in politischen Debatten selten Gehör, ihre Bedürfnisse werden
226 regelmäßig übergangen. Obwohl sie die Konsequenzen heutiger Entscheidungen am
227 längsten tragen, wird oft über ihre Köpfe hinweg bestimmt.

228 Unsere Forderungen:

- 229 • Rede- und stimmberechtigte Jugendvertretung
- 230 • Absenkung des Wahlalters
- 231 • Freikarte bis 21
- 232 • Werbeverbot für die Bundeswehr
- 233 • Stärkung von freiwilligem Engagement

234 Politische Macht für Jugendliche

235 Obwohl politische Entscheidungen oft große Auswirkungen für Jugendliche haben,
236 dürfen diese nicht wirklich mitreden. Wir setzen uns für eine verpflichtende
237 Jugendbeteiligung ein, indem eine in den Ausschüssen und Deputationen rede- und
238 stimmberechtigte, gewählte Vertretung von Jugendlichen geschaffen wird, etwa
239 nach dem Vorbild der Jugendbeirat*innen. Außerdem muss das aktive Wahlalter bei
240 Landtags- und Beiratswahlen endlich auf 14 Jahre und das passive Wahlalter auf
241 16 Jahre gesenkt werden.

242 Freikarte bis 21

243 Die Freikarte ist ein Erfolgsprojekt für soziale Gerechtigkeit. Damit die
244 Teilhabe nicht mit dem 18. Geburtstag endet, wollen wir die Freikarte auf das
245 21. Lebensjahr ausweiten. Kultur und Freizeit dürfen keine Frage des Einkommens
246 sein.

247 Die Jugend braucht Orte

248 Jugendliche werden immer öfter aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Wir brauchen
249 konsumfreie Aufenthaltsorte in der ganzen Stadt. Konkret sollen bei der
250 Neugestaltung des ehemaligen Galeria-Gebäudes und anderen größeren Bauprojekten
251 mindestens 10% der Fläche exklusiv für kostenfreie jugendliche Projekte genutzt
252 werden.

253 Feiern für alle: Clubkultur U18

254 Das Bremer Nachtleben lässt Minderjährige oft vor der Tür stehen. Wir wollen die
255 Clubszene für unter 18-Jährige fördern, um sicheres Feiern in geschützten Räumen
256 zu ermöglichen. Dabei muss der Jugendschutz selbstverständlich eine zentrale
257 Rolle spielen.

258 Freiwilligkeit statt Verpflichtungen

259 Wir lehnen einen Wehrdienst, eine Dienstpflicht, ein Gesellaftsjahr und jegliche
260 Verpflichtungen dieser Art konsequent ab. Außerdem sind wir für ein generelles
261 Werbeverbot der Bundeswehr, sowohl an Schulen als auch mit Briefen zum 16.
262 Geburtstag. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, Freiwilligendienste
263 attraktiver zu gestalten und gesellschaftliches Engagement für alle zugänglich
264 zu machen.

265 Damit unsere Gesellschaft im Ernstfall trotzdem resilient ist, soll es einen
266 durch Schulen, Ausbildungsorte und Universitäten gestaltete Austausch mit
267 Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes geben. Auch der Ausbau von
268 Freiwilligendiensten stärkt Engagement und Zusammenhalt.

269 **Verkehr**

270 In großen Städten so viel Platz für Autos zu schaffen, ist nicht nur
271 klimaschädlich, sondern gefährdet auch die Gesundheit aller. Deswegen wollen wir
272 die Dominanz der Autos brechen und setzen auf Lösungen, die Menschen ihre
273 Fortbewegung frei und sicher gestalten lassen, während sie Bremens
274 Verkehrspolitik zukunftsfähig machen.

275 Unsere Forderungen:

- 276 • Kostenloser, barrierefreier Nahverkehr
- 277 • Bessere Anbindung nach Bremerhaven und zwischen den Stadtteilen
- 278 • Abgetrennte Spuren für den Nah- und Radverkehr
- 279 • Nachtfahrten und Ein-/Ausstieg auf Abruf
- 280 • Nextbike in Bremerhaven
- 281 • Längere Grünphasen an Ampeln
- 282 • Keine Inlands- und Privatflüge über Bremen
- 283 • Innenstadt und Ostertorsteinweg autofrei
- 284 • Flächendeckendes Tempo 30
- 285 • Carsharing ausbauen
- 286 • Unterstützung für die Fahrerlaubnis
- 287 • Blockade von Geh- und Radwegen sanktionieren

288 ÖPNV sozial gerecht

289 Bremen braucht einen zuverlässigen und bezahlbaren ÖPNV, der für alle
290 funktioniert. Dafür setzen wir langfristig auf einen kostenlosen Nahverkehr. Als
291 ersten Schritt fordern wir die Rückkehr zum 9-Euro-Ticket. Außerdem brauchen wir
292 Vorrangspuren für Busse und Bahnen, damit diese nicht mehr im Stau stehen
293 müssen.

294 Mit einer IC-Anbindung nach Bremerhaven, die Pendler*innen entlastet, und neuen
295 Querverbindungen zwischen den Stadtteilen, damit nicht mehr alle über den
296 Hauptbahnhof fahren müssen, bringen wir das Land Bremen näher zusammen.

297 Ein gerechter ÖPNV steht auch für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen bei der
298 BSAG und Bremerhaven Bus. Busse und Bahnen sollen für alle da sein. Dafür sollen
299 die Barrierefreiheit zügig verbessert, klimafreundliche Grünflächen angelegt und
300 ein Rauchverbot an Haltestellen zum Schutz der Gesundheit umgesetzt werden.

301 ÖPNV rund um die Uhr

302 Mobilität endet nicht um Mitternacht. Wir wollen flexible Nachtfahrten auf
303 Bestellung und das Ein- und Aussteigen zwischen Haltestellen in den Nachtstunden
304 in ganz Bremen und Bremerhaven ermöglichen. So sollen mehr Sicherheit und
305 Komfort geschaffen werden, besonders für FLINTA*-Personen und marginalisierte
306 Gruppen.

307 Konsequente sichere Radwege

308 Wir wollen baulich abgetrennte Radwege in der ganzen Stadt. Kein aufgemalter
309 Streifen mehr zwischen parkenden Autos und fließendem Verkehr, sondern

310 geschützte Infrastruktur, mit der sich alle sicher fühlen. Sichere Radwege
311 retten Leben und machen den Umstieg aufs Fahrrad endlich für alle möglich.

312 Nextbike auch in Bremerhaven

313 Jede*r soll jederzeit ohne hohe Kosten aufs Fahrrad umsteigen können. Das ist
314 echte Mobilität für alle und eine perfekte Ergänzung zum ÖPNV. Deshalb wollen
315 wir das bewährte Leihfahrradsystem Nextbike auch nach Bremerhaven bringen.

316 Sichere Fußwege für alle

317 Für eine lebenswerte Stadt müssen sich Menschen sicher und bequem zu Fuß bewegen
318 können. Deshalb wollen wir deutlich längere Grünphasen an Ampeln. Wer zu Fuß
319 unterwegs ist, soll entspannt und sicher die Straße überqueren können. Das ist
320 auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn Kinder, ältere Menschen und
321 mobilitätseingeschränkte Personen profitieren besonders davon.

322 Klimaschutz und Gerechtigkeit im Flugverkehr

323 Eine zukunftsfähige Mobilität endet nicht an der Stadtgrenze. Deshalb setzen wir
324 uns dafür ein, Inlandsflüge konsequent abzuschaffen. Wo gute Bahnverbindungen
325 existieren, sind Flüge unnötig. Sie verursachen ein Vielfaches an Emissionen,
326 verbrauchen wertvolle Ressourcen und belasten das Klima unverhältnismäßig.

327 Noch deutlicher ist die Lage bei Privatflügen. Sie stehen sinnbildlich für eine
328 extreme Form von Ungleichheit. Während viele Menschen ihren Alltag
329 klimafreundlicher gestalten sollen, verursachen wenige mit Luxusflügen enorme
330 Emissionen in kürzester Zeit. Das ist weder sozial gerecht, noch ökologisch
331 vertretbar. Deshalb fordern wir ein Ende von Privatflügen.

332 Weniger Autos, mehr Raum für Menschen

333 Die Innenstadt und der Ostertorsteinweg sollen autofrei werden, mit Ausnahmen
334 für Anwohner*innen, Handwerker*innen und den Lieferverkehr sowie
335 mobilitätseingeschränkte Menschen. Das schafft Platz für Begegnung, stärkt den
336 lokalen Handel und sorgt für saubere Luft und weniger Lärm. Auch der Ausbau von
337 Carsharing-Angeboten soll den Verkehr entlasten. Flächendeckendes Tempo 30
338 erhöht die Verkehrssicherheit, reduziert Unfälle und Staus und bringt mehr Ruhe
339 in die Stadt.

340 Gleichzeitig wollen wir klare Regeln im Straßenraum. Das bedeutet konsequente
341 Sanktionen und Abschleppen bei aufgesetztem Parken und blockierenden Autos.
342 Gehwege sind keine Parkplätze, sie gehören den Menschen, die zu Fuß unterwegs
343 sind. Wegen der explodierenden Preise soll der Führerschein, auf den viele junge
344 Menschen immer noch angewiesen sind, finanziell unterstützt werden.

345 Damit wir mehr in den Ausbau des ÖPNV investieren können, lehnen wir den Ausbau
346 von Autobahnen in und um Bremen ab.

347 **Bildung**

348 Während die Anforderungen an digitale und demokratische Kompetenzen steigen,
349 bleibt das aktuelle Schulsystem häufig hinter den Bedürfnissen junger Menschen
350 zurück. Das führt zu ungleichen Chancen, wachsender Belastung und Überforderung,
351 die wir jetzt gemeinsam neu denken müssen.

352 Unsere Forderungen:

- 353 • Realitätsnahe Fächer einführen
- 354 • Sport ohne Benotung
- 355 • Hausaufgaben abschaffen
- 356 • Schulbeginn um 9:00 Uhr
- 357 • Rückkehr zum Abitur nach neun Schuljahren
- 358 • Eine Schule für alle
- 359 • Herkunftssprachen im Zeugnis
- 360 • Sozialarbeit und psychologische Betreuung an Schulen
- 361 • Aufarbeitung von Fehlverhalten der Lehrkräfte
- 362 • Studentische Vorteile auch für Schüler*innen und Auszubildende
- 363 • Meisterbrief kostenfrei
- 364 • Semesterbeiträge abschaffen
- 365 • Bafög reformieren

366 Bildung neu denken – für eine gerechte und zukunftsfähige Schule

367 Das Lernen muss den Anforderungen einer digitalisierten und demokratischen
368 Gesellschaft gerecht werden. Wir wollen, dass alle Schulen verpflichtend die
369 Fächer IT, Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT), Politik und Medien einführen. Das
370 Angebot von Sport ohne Benotung soll allen die Möglichkeit geben, körperliche
371 Aktivität nach den eigenen Interessen zu wählen.

372 Gleichzeitig gehört das Lernen in die Schule, nicht in den heimischen Stress.
373 Darum wollen wir Hausaufgaben abschaffen und integrierte Lernzeiten ausbauen.
374 Der Schulbeginn wird auf 9:00 Uhr festgelegt, um die Schlafbedürfnisse junger
375 Menschen zu respektieren, und wir kehren zum Abitur nach 9 Jahren (G9) zurück,
376 um Lernzeit und persönliche Entwicklung zu entlasten. Das zweigliedrige
377 Schulsystem wird durch die Abschaffung von Gymnasien zugunsten einer Schule für
378 alle mit bedürfnisorientierter, inklusiver Bildung ersetzt.

379 Zukünftig sollen Herkunftssprachen neben Deutsch im Zeugnis aufgeführt werden,
380 nachdem entsprechende Nachweise erbracht wurden. Mehrsprachige Schüler*innen
381 sollen statt einer zweiten Fremdsprache auch weitere Förderangebote,
382 beispielsweise für Deutsch, wählen können.

383 Wohlbefinden und Verantwortung an der Schule

384 Lehrkräfte, die ihre pädagogische Verantwortung missbrauchen, müssen klare
385 Konsequenzen erfahren: Ein transparentes Beschwerdeverfahren, verpflichtende
386 Fortbildungen und, bei gravierenden Verstößen, sofortige arbeitsrechtliche
387 Maßnahmen.

388 Schulsozialarbeit und psychologische Betreuung werden in jedem Klassenraum
389 verankert, damit frühzeitig Unterstützung geleistet werden kann. Gleichzeitig
390 fordern wir faire Bezahlung für das Personal über die Stadtteilschulen, damit
391 Engagement und Qualität nicht vom Geldbeutel abhängen. Kindergärten,
392 Kindertagesstätten, Schulen und sozialpädagogische Angebote sollen mit einem
393 Schwerpunkt auf benachteiligte Quartiere und zusätzlichen Ressourcen für
394 Bremerhaven ausgebaut werden.

395 Chancengleichheit bei studentischen Vorteilen

396 Schüler*innen sollen von denselben Vergünstigungen wie Studierende an den
397 Hochschulen profitieren: Ein ermäßigtes Deutschlandticket, kostenfreie Nutzung
398 der Bibliotheken und günstige Sportangebote.

399 Ausbildung neu gestalten – gleiche Chancen für Azubis wie für Studierende

400 Der Zugang von Studierendenvergünstigungen soll auf die Ausbildung ausgeweitet
401 werden, etwa mit günstigen Nahverkehrstickets, kostenfreien Bibliotheksangeboten
402 und vergünstigtem Sport- und Kulturangebot. So wird die finanzielle Belastung
403 reduziert, die Motivation gesteigert und die gesellschaftliche Teilhabe von
404 Lernenden in Betrieben nachhaltig verbessert.

405 Meisterbrief kostenfrei – ein Schlüssel für Fachkräfte von morgen

406 Der Meisterbrief ist das Tor zu höherwertigen Aufgaben, besserer Vergütung und
407 mehr Verantwortung. Wir verlangen, für alle Absolvent*innen einer anerkannten
408 Ausbildung den Meisterbrief kostenfrei anzubieten. Damit werden der Aufstieg in
409 Fach- und Führungspositionen demokratisiert und die langfristige
410 Fachkräftesicherung umgesetzt.

411 Semesterbeitrag

412 Die Semesterbeiträge steigen immer weiter und für viele wird es zur echten
413 Herausforderung, sich diese überhaupt noch zu leisten. Das stellt Menschen mit
414 weniger finanziellen Ressourcen oft vor die Frage, ob sie ihr Studium wirklich
415 weiterführen können. Für uns ist klar, dass Bildungschancen nicht von
416 finanziellen Ressourcen abhängen dürfen. Daher wollen wir, dass alle
417 Universitäten und Hochschulen im Land Bremen die Semesterbeiträge abschaffen.

418 Bafög

419 Lebenskosten steigen stetig an und stellen insbesondere Studierende ohne
420 elterliche Unterstützung oder Ersparnisse vor die Frage, ob das Studium für sie
421 überhaupt finanzierbar ist. Viele müssen nebenbei arbeiten und können sich nicht
422 voll und ganz auf ihr Studium konzentrieren. Gerade diese Personen müssen
423 bessere Unterstützung vom Staat bekommen. Daher muss Bremen sich mit einer
424 Bundesratsinitiative für die Erhöhung des Bafögs einsetzen.

425 Migration

426 Migration ist fester Bestandteil von Bremen, doch die politische Realität hinkt
427 diesem Anspruch oft hinterher. Daher begegnen Menschen mit Migrationshintergrund
428 häufiger Hürden.

429 Unsere Forderungen:

- 430 • Debitkarte statt Bezahlkarte
- 431 • Landesaufnahmeprogramme ausweiten
- 432 • Integration in allen Stadtteilen

433 Bezahlkarte abschaffen, Selbstbestimmung schaffen

434 Die Bezahlkarte ist ein Instrument der Kontrolle und Stigmatisierung. Sie
435 begrenzt die Selbstbestimmung und verhindert gesellschaftliche Teilhabe. Wir
436 wollen die sofortige Abschaffung der Bezahlkarte zugunsten einer
437 diskriminierungsfreien Debitkarte.

438 Aufnahme statt Abschottung

439 Internationale Konflikte häufen sich und viele Menschen müssen fliehen. Diese
440 Flucht wird ihnen durch verschiedene Faktoren enorm erschwert. Bremen muss
441 seiner internationalen Verantwortung gerecht werden, mit zusätzlichen
442 Landesaufnahmeprogrammen für schutzbedürftige Menschen. Ein
443 Landesaufnahmeprogramm ist ein humanitärer Sonderweg, der es Bundesländern
444 ermöglicht, gezielt Menschen aus Krisenregionen zu helfen, und diese auf
445 direktem Weg im Bundesland aufzunehmen.

446 Integration statt Isolation

447 Integration gelingt nicht im Abseits. Die Konzentration von Geflüchteten in
448 strukturschwachen Quartieren überlastet lokale Infrastrukturen und isoliert
449 Menschen. Wir wollen eine solidarische Verteilung über alle Stadtteile sowie den
450 stadtweiten Ausbau von Bildungs- und Begegnungsräumen.

451 Kultur

452 Kultur und Kunst bedeuten Teilhabe, Austausch und das Entwickeln neuer Ideen für
453 die Zukunft und unsere Gesellschaft. Aber viel zu häufig hängt der Zugang vom
454 Geldbeutel ab. Wir wollen Kunst und Kultur als Teil der Gemeinschaft würdigen,
455 der Menschen zusammenbringt und ihnen Kraft und Hoffnung gibt.

456 Unsere Forderungen:

- 457 • Kulturevents absichern
- 458 • Dauerhaftes Festivalgelände
- 459 • Konzerte im Weserstadion
- 460 • Kulturförderung für Clubs
- 461 • Uni-Bad modernisieren und erhalten
- 462 • Awareness-Teams unterstützen

463 Kultur für alle, statt für den Profit

464 Obwohl große Kultur-Events wie die Breminale in Bremen und der Kultursommer in
465 Bremerhaven Highlights im Kulturleben sind, steht die Breminale immer wieder vor
466 dem Aus und soll der Kultursommer 2026 gestrichen werden. Das zeigt, dass der
467 Zugang zu Kultur und Gemeinschaft zu stark von individuellen Umständen abhängt.
468 Stattdessen wollen wir, dass die Breminale und der Kultursommer dauerhaft
469 abgesichert werden. Dabei soll noch stärker auf Barrierefreiheit und
470 Familienfreundlichkeit geachtet werden, um möglichst vielen Menschen den Zugang
471 zu ermöglichen.

472 Festes Feiern

473 Langfristig sollte Bremen ein eigenes Festivalgelände schaffen, das ohne
474 Profitinteresse und beispielsweise für Open-Air-Kinos genutzt werden kann. Statt
475 behelfsmäßiger Flächen wie auf der Bürgerweide kann solch ein Ort die
476 Ausrichtung von Veranstaltungen in Bremen vereinfachen. Auch soll das
477 Weserstadion für Konzerte geöffnet werden.

478 In Bremen und Bremerhaven braucht auch die Clubszene gleichberechtigten Zugang
479 zur Kulturförderung, um gerade jungen Menschen Raum für Freizeit, Gemeinschaft
480 und Entspannung zu bieten.

481 Uni-Bad

482 Das Uni-Bad bietet in Bremen einzigartige Möglichkeiten, das Schwimmen sportlich
483 zu betreiben und leistet somit einen Beitrag zu Lebensqualität, Gesundheit und
484 der Bremer Sportlandschaft. Darum soll das Uni-Bad modernisiert und langfristig
485 gefördert werden.

486 Feiern mit Rücksicht – Awareness-Teams absichern

487 In Bremen sorgen die unabhängig entstandenen Awareness-Teams auf großen
488 Veranstaltungen und beispielsweise im Viertel für Sicherheit und Rücksichtnahme.
489 Diese Awareness-Teams müssen anerkannt und finanziell unterstützt werden, als
490 wichtiger Beitrag zum ausgelassenen Gemeinschaftsleben.

491 Klima

492 Die Erde brennt, Bremen verfehlt seine Klimaziele, und während die
493 Bundesregierung Öl ins Feuer schüttet, entscheidet der Senat, dass hier schon
494 alles passt. Wir nehmen die Klimakrise stattdessen als gemeinschaftliche
495 Bedrohung ernst und wollen sie gemeinsam abwenden. Diejenigen mit der größten
496 Verantwortung und den meisten Mitteln müssen für die Lösung einstehen, während
497 Klimaschutz das Leben aller in Bremen besser macht.

498 Unsere Forderungen:

- 499 • Stahlwerk umbauen oder vergesellschaften
- 500 • Versiegelte Flächen begrünen
- 501 • Kühl- und Wärmeorte bereitstellen

502 Stahlwerk umbauen – oder vergesellschaften

503 Das Stahlwerk von ArcelorMittal macht allein etwa die Hälfte der
504 Treibhausgasemissionen Bremens aus, soll aber trotz massiver Unterstützung durch
505 Bremen, den Bund und die EU nicht modernisiert werden. Damit priorisiert ein
506 einziger Großkonzern Profite über Klimaschutz und tausende Arbeitsplätze. Darum
507 soll im ersten Schritt mit den genehmigten Fördermitteln der Umbau weiter
508 verfolgt und nötige Voraussetzungen bei erneuerbaren Energien und Infrastruktur
509 geschaffen werden. Wenn sich der Konzern auch dann noch gegen den Umbau weigert,
510 soll das Stahlwerk vergesellschaftet werden, um den Erhalt von Arbeitsplätzen
511 und die Dekarbonisierung zu sichern.

512 Asphalt aufbrechen

513 Versiegelte Flächen heizen die Stadt auf und verhindern die Aufnahme von
514 Regenwasser, während Grünflächen die Luftqualität verbessern, im Sommer kühlen
515 und die psychische Gesundheit fördern. Darum fordern wir die Begrünung
516 versiegelter Flächen wie die des Domshofes und des Geländes um die Waterfront in
517 Bremen und des Willy-Brandt-Platzes in Bremerhaven. Auch auf großen Parkplätzen
518 sowie bei Neubau und Renovierung von Straßenbahnstrecken und Haltestellen sollen
519 Versickerungsflächen und Grün-Inseln geschaffen werden.

520 Öffentliche Gebäude als Kühl- und Wärmeorte öffnen

521 Die Klimakrise wird Extremwetter weiter verschärfen, sodass sehr hohe und
522 niedrige Temperaturen häufiger werden. Einrichtungen wie das
523 Bürger*innenServiceCenter, das Forum Domshof, andere öffentliche Stellen mit
524 geeigneten Räumen und Unternehmen mit beispielsweise Kassenhallen sollen darum
525 Räumlichkeiten als Kühl- und Wärmeorte nachrüsten und öffnen. Auch bei großen
526 Bauprojekten wie in der Überseestadt oder anstelle des Galeria-Gebäudes sollen
527 solche Orte ohne Konsumzwang eingeplant werden.

528 **Wohnen**

529 Während die Nachfrage steigt, wird bezahlbarer Wohnraum Mangelware. Die Folge
530 sind verdrängte Mieter*innen, eine wachsende soziale Spaltung und eine enorme
531 Belastung für Menschen mit geringem Einkommen.

532 Unsere Forderungen:

- 533 • Leerstand sanktionieren
- 534 • Student*innen- und Azubi-Wohnheime ausbauen
- 535 • Bundesweiter Mietendeckel
- 536 • Große Wohnkonzerne enteignen

537 Leerstand stoppen – Spekulation beenden

538 Wohnraum ist in Bremen ein knappes Gut und darf nicht als Spekulationsobjekt
539 missbraucht werden. Wir wollen den ungenutzten Leerstand konsequent
540 sanktionieren. Wer Wohnraum bewusst dem Markt entzieht, muss in die Pflicht
541 genommen werden.

542 Offensive für Studi- und Azubi-Wohnen

543 Wohnraum ist nicht nur knapp, sondern auch teuer. Das stellt gerade Studierende
544 und Auszubildende vor große Herausforderungen. Wir setzen uns daher für eine
545 massive Ausbauoffensive von Studi- und Azubi-Wohnheimen ein.

546 Mietendeckel bundesweit

547 Da die bisherige Mietpreisbremse kaum greift, brauchen wir ein Instrument, das
548 Mieten effektiv einfriert und Spekulation stoppt. Bremen muss im Bundesrat die
549 Initiative ergreifen und sich für einen bundesweiten Mietendeckel stark machen.

550 Enteignung großer Wohnungskonzerne

551 Große Immobilienkonzerne in Bremen sollen nach Artikel 15 des Grundgesetzes
552 vergesellschaftet werden. Bestände von Rendite-Riesen wie Vonovia müssen in
553 Gemeineigentum überführt werden, um dauerhaft bezahlbare Mieten zu sichern.

Begründung

Erfolgt mündlich